

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abnahme im Voraus, für 12 Wochen 2 RM., im Monat, bei Bestellung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2,50 RM. Einmalige Anzeigen sind nach Vereinbarung zu übernehmen. Die Redaktion ist für die Redaktion der Zeitung nicht verantwortlich. — Abnahme durch den Postamt ist nur, wenn Postbestellung erfolgt, zu machen.

Wilsdruff: Die Hauptredaktion am 20. März, die Hauptredaktion der Wilsdruffer Zeitung am 20. März, die Hauptredaktion der Wilsdruffer Zeitung am 20. März. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Redaktion der Zeitung nicht verantwortlich. — Abnahme durch den Postamt ist nur, wenn Postbestellung erfolgt, zu machen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 144. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Wilsdruff“ Wilsdruff, Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 23. Juni 1927

Ehrt durch die Tat!

Ein Wort zur Hindenburg-Spende.

Am 2. Oktober werden in Deutschland die Glodenlingen und bis in den fernsten Winkel unseres Vaterlandes hinein die Kunde tragen, daß des Reiches Präsident sein achtzigstes Lebensjahr erreicht hat. Schon jetzt aber soll dafür gesorgt werden, daß die Feier dieses Tages nicht etwa bloß in löblichen Festreden, in Paraden und Festartikeln besteht; es entspricht viel mehr dem Wesen dieses Mannes, der sein ganzes Leben hindurch die Tat über das Wort stellte, daß auch bei seinem 80. Geburtstag die Tat wirkt, nicht Festwort oder Festartikel.

Hindenburg-Spende — es war darum ein glücklicher, weislicher und jede Unterstützung heißender Gedanke, daß die ganze deutsche Volk aufzurufen, durch die Tat nun einmal der Verehrung Ausdruck zu geben, die wir diesem Manne in Krieg und Frieden schulden. Was für diese Spende zusammenkommen wird, das soll ja bestimmt sein für jene, die dem Herzen des Generalfeldmarschalls, des Kriegsführers von einst, besonders nahe stehen, nämlich für die Kriegsbeschädigten und Kriegsinvaliden. Aber auch den Sozialrentnern und den notleidenden Mittelständlern soll der 2. Oktober eine Freude bescheren; die Hindenburg-Marke, die zum Doppelten des ausgedruckten Preises verkauft werden soll, wird ganz zweifellos das hereinströmen großer Mittel für diesen besonderen Zweck veranlassen.

Das wäre wirklich eine Geburtstagsgabe, die ernst und würdig ist, der Not der Gegenwart, aber auch dem Wesen dessen entspricht, der geehrt werden soll. Und es ist eine Art der Geburtstagsgabe, an der jeder Deutsche teilnehmen kann seinen Kräften gemäß. Gewiß hat Hindenburg die Schicksale seines Landes in Krieg und Frieden so tief in die Tafeln der Geschichte eingeschrieben, daß es dieser Spende nicht bedürfte, um seinen Namen und das Gedächtnis seiner Taten auch für die fernsten Geschlechter zu erhalten und zu bewahren. Aber vor allem soll ja durch diese Spende denen geholfen werden, die sich jetzt in Not und Elend befinden. Das Kriegsende hat ja verhindert, daß der so sehrwünschliche geäußerte Wunsch Hindenburgs in Erfüllung gehen konnte, eigenen Boden und ein eigenes Heim jedem seiner aus dem Krieg heimkehrenden Soldaten zu verschaffen, der sich nach Siedlung sehnte. Allzu eng wurden wir zusammengebrängt und wie in einen Käfig eingesperrt. Jetzt aber gilt es, dem Achtzigjährigen zu beweisen, daß er nicht bloß äußerlich der Repräsentant des deutschen Volkes ist, sondern sich im Herzen der Deutschen ein Denkmal errichtet hat, das dauernder als Erz ist.

„Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen“ — so hebt die Reichsverfassung an; aber leider bleibt dies meist nur ein Wort. Jetzt soll es einmal zur Tat werden, wenn es gilt, den „ersten Diener im Staat“ zu ehren. Und es kann zur Wahrheit werden, weil selbst jene, die bei der Wahl Hindenburgs ihm noch als parteipolitische Gegner gegenüberstanden, zum großen Teil von ihm gewonnen sind. Und das Volk ehrt sich selbst, das seine großen Männer ehrt. Ehrt durch die Tat, sich nicht mit dem Wort begnügt. Selten genug geschah es bisher; aber unvergeßlich bleibt es doch, wie einstmals das ganze deutsche Volk, einig in seinen Stämmen“ nach der Katastrophe von Scherdingen auch durch solche eine freiwillige Spende den Grafen Zeppelin und dadurch sich selbst ehre. So soll es jetzt werden, größer noch und gewaltiger, einig noch und geschlossener, jetzt in der und durch die Hindenburg-Spende.

Ausdigungen für Hindenburg.

Auf zahlreiche im Bureau des Reichspräsidenten und bei der Reichsregierung eingegangene Anfragen und Vorschläge für die Feier des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten am 2. Oktober d. J. wird amtlich u. a. folgendes mitgeteilt:

Reichspräsident von Hindenburg hat den Wunsch ausgesprochen, daß an seinem 80. Geburtstag von feierlichen und geräuschvollen Feiern oder Veranstaltungen Abstand genommen werden möchte. Allen, die Hindenburgs an diesem Tage gedenken wollen, ist — einem jeden nach seinen Kräften — Gelegenheit gegeben, dies durch Beteiligung an der „Hindenburg-Spende“ oder Erwerb der „Hindenburg-Briefmarke“ zu tun. Sie werden im Sinne des Reichspräsidenten handeln, wenn sie dazu beitragen, die Not zahlreicher durch Kriegs- und Nachkriegszeit geschädigter Volksgenossen zu lindern.

Um der Bevölkerung Berlin und Umgegend Gelegenheit zu geben, an diesem Tage den Reichspräsidenten zu sehen und zu begrüßen, hat sich der Reichspräsident bereit erklärt, am Nachmittag des 2. Oktober (Sonntag) im Stadion eine Kundgebung der Berliner Jugend entgegenzunehmen. Auf dem Wege zum Stadion sollen von den Linden ab Verbände und Vereine, die Subventionsvereine und andere Körperschaften sowie die Bevölkerung Spaltes bilden, um dem Reichspräsidenten ihre Begrüßung darzubringen. — Am Vormittag des 2. Oktober wird der Reichspräsident nach dem Gottesdienst die Glückwünsche der Reichsregierung, der Reichswehr und Reichsmarine, des Reichstages, Reichsrats und anderer Körperschaften in seinem Hause entgegennehmen. Für den Vorabend ist ein militärischer Zapfenkreis vorgesehen.

Deutschland und die Weltwirtschaft.

Industrie- und Handelstag in Hamburg

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers

In Hamburg ist der Deutsche Industrie- und Handelstag zu seiner 47. Vollversammlung zusammengetreten. Auf ihm hielt nach einer Begrüßungsansprache durch den Präsidenten Franz von Mendelssohn Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius eine bemerkenswerte Rede, in der er die Lage Deutschlands zur übrigen Weltwirtschaft darlegte. Minister Dr. Curtius betonte zu Beginn seiner Ausführungen, daß

die Stabilisierung der Währung in Deutschland durchaus gewährleistet ist, und daß irgendwelche Gefahr für die deutsche Währung weder zurzeit noch in Zukunft besteht. Auch von der Seite der Reparationsverpflichtungen her kam der deutschen Währung eine Gefahr nicht drohen. Weiter machte der Minister die erfreuliche Mitteilung, daß die Ausfuhr der Fertigwaren aus Deutschland einen zwar langsamen, aber stetigen Aufschwung zeigt. Das Ziel einer ausgeglichenen und einer sich fortschreitend aktivierenden Handelsbilanz müsse nach wie vor durch

Steigerung der Ausfuhr angestrebt werden. Diese Steigerung braucht Deutschland zur Bezahlung der für uns notwendigen Rohstoffe und Nahrungsmittel und zur Abtragung unserer internationalen Schuldverpflichtungen. Der Minister kam sodann auf die von der Wirtschaft angestrebte

Rationalisierung der Betriebe zu sprechen. Als das Ziel aller Rationalisierung bezeichnete er eine Vergrößerung des Absatzes auf der Grundlage verbesserter Unternehmung. Senkung der Preise und entsprechende Steigerung des Realeinkommens ist der einzige Weg, auf dem sich eine Verbesserung der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen ohne Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft erreichen läßt. Die umgekehrte Entwicklung, die in einer gegenseitigen Steigerung von Preisen und Nominallöhnen besteht, führt zu keiner Besserstellung der Bevölkerung, muß den Absatz nach dem Auslande schmälern und damit rückwirkend eine Verarmung der Massen auch im Inlande herbeiführen. Für die deutsche innere Wirtschaftspolitik sei es ein entscheidender Grundgedanke, daß unbedingt

die Verbindung zum Weltmarkt aufrechterhalten und der deutsche Produktionsapparat im Rahmen der Weltwirtschaft konkurrenzfähig bleiben muß. Das gleiche ist auch für die Außenhandelspolitik Deutschlands der maßgebende Gesichtspunkt. Der Minister behandelte sodann

die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz, wobei er betonte, daß die Reichsregierung entschlossen sei, die Beschlüsse dieser Konferenz in die Tat umzusetzen. Es handelt sich hierbei vor allem um eine Senkung der erhöhten Zölle, den Abschluß langfristiger Handelsverträge und den Abbau der Zollschranken überhaupt. Dr. Curtius betonte weiter, daß es noch nicht gelungen sei, eine dauernde wirtschaftspolitische Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zu erreichen.

Am Schluß seiner Wirtschaftsvorlesung kam der Reichswirtschaftsminister dann noch auf den von der Reichsregierung gefassten Beschluß zur

Neuordnung der Zollsätze in Deutschland

zu sprechen. Die Erhöhung des autonomen Zollsatzes auf eine Rate und des Reichszolls auf die Höhe des deutsch-schwedischen Handelsvertrages ist, so unterstrich Dr. Curtius, nicht in dem Sinne zu bewerten, als wenn sie eine Bewegung zur Erhöhung des landwirtschaftlichen Zollniveaus einleiten sollte. Es handelte sich vielmehr nur um eine im Interesse namentlich des bäuerlichen Grundbesitzes und der inneren Kolonisation notwendige Angleichung des Zollniveaus für diese landwirtschaftlichen Sonderprodukte an das gesamte übrige landwirtschaftliche Zollniveau. Die gegenwärtig bestehende Diskrepanz zwischen dem landwirtschaftlichen und dem industriellen Zollniveau möglichst bald zu beseitigen, ist jedoch auch der feste Wille der Reichsregierung. Sie will dieses Ziel aber nicht auf dem Wege der Erhöhung des landwirtschaftlichen Zollniveaus, sondern durch einen entsprechenden Abbau des industriewirtschaftlichen Zollniveaus erreichen.

Wir wollen alles daransetzen, so beendete Dr. Curtius seine Ausführungen, die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz soweit als irgend möglich zu verwirklichen, weil wir davon überzeugt sind, daß das Schicksal Europas Deutschlands Schicksal sein wird und daß die wirtschaftliche Notlage der europäischen Staaten nur überwunden werden kann, wenn sie sich aus der engen Abgeschlossenheit der überprotektionistischen Wirtschaftspolitik heraus wieder auf den freien Kampfplatz wirtschaftlichen Wettbewerbs hinauswagen.

Deutschland kommt nicht in die Mandatskommission.

Berlin, 22. Juni. Wie die Abendblätter aus London melden, berichtet der Daily Telegraph, daß ein Mitglied der Genfer Mandatskommission bezüglich des deutschen Kommissionsmitgliedes die Botschaft verweigert habe. Dieses Kommissionsmitglied habe betont, daß die Zusammenfassung der Kommission nicht nach der Nationalität, sondern nach der Eignung der Bewerber zu erfolgen habe.

Das Reichsschulgesetz vor dem Reichskabinett.

Berlin, 22. Juni. Das Reichskabinett wird sich heute nachmittags um 5 Uhr mit dem nunmehr fertig gestellten Entwurf eines Reichsschulgesetzes beschäftigen.

Eröffnung des irischen Parlaments.

Eigener Nachrichtendienst des „Wilsdruffer Tageblattes“. London, 23. Juni. Das irische Parlament wird heute seine erste Sitzung abhalten. Man erwartet, daß heute alle Mitglieder den Eid leisten werden mit Ausnahme der Republikaner. Man rechnet mit großen Demonstrationen, da aus allen Teilen des Landes zahlreiche Republikaner eingetroffen sind. Umfangreiche Vorkehrungsmaßnahmen sind getroffen worden.

Balesti über deutsch-polnische Beziehungen

Eine Unterhaltung mit dem polnischen Außenminister. Der polnische Minister des Ausen, Balesti, hat einem französischen Pressevertreter eine Unterredung gewährt, in der er sich über das deutsch-polnische Problem und alle Fragen der Außenpolitik, die Polen betreffen, äußerte. Er führte u. a. aus: Nichts wird unsern Willen zur Verständigung mit Deutschland brechen. Wenn Deutschland diese Verständigung anders aussieht als wir, so können wir abwarten. In der Politik wie in der Natur nimmt die Entwicklung ihren Fortgang. Diese Entwicklung ist bisweilen sehr langsam und erfordert viel Zeit. Aber es ist besser, sich fest und geduldig zu zeigen, als sich auf künstliche und wirkungslose Kompromisse einzulassen.

Russisch-finnischer Zwischenfall.

Abweisung finnischer Beschwerden.

Bei den Erschießungen, die in Russland vor kurzem nach dem Befandienmord in Warschau vorgenommen wurden und die das Entsetzen der Kulturwelt erregten, war auch ein angeblich finnischer Oberleutnant Elvengreen hingerichtet worden. In einer nach Moskau gesandten Note protestierte die finnische Regierung gegen die Erschießung Elvengreens und betonte dabei, der russische Einwand, die Staatsangehörigkeit Elvengreens hätte nicht festgestellt werden können, sei hinworflich. Außerdem habe das Verfahren den Gerechtigkeitsprinzipien der zivilisierten Staaten widersprochen.

Nun hat die russische Regierung geantwortet. Sie sagt dabei u. a.: Es lagen in der Angelegenheit Elvengreens Angaben über seine finnische Staatsangehörigkeit vor; außerdem sprach seine gesamte, mit den russischen monarchistischen Organisationen verknüpfte Tätigkeit gegen eine derartige Annahme. Die Note spricht die Verwunderung der Sowjetregierung darüber aus, daß die finnische Regierung es für nötig befunden habe, in der Angelegenheit einer Person zu intervenieren, die sich zum Ziel ihrer Tätigkeit zerstörende Arbeit gegen einen mit Finnland befreundeten Staat und die Organisierung terroristischer Akte gegen Vertreter dieses Staates sowie schließlich die Wiederherstellung des zaristischen Regimes gesetzt hatte, das fast ein Jahrhundert lang das finnische Volk und seine Kultur unterdrückte und mit dessen Vernichtung durch die Oktoberrevolution die Unabhängigkeit des finnischen Staates begründet wurde.

Kirche, Volk und Staat.

Kundgebung des Königsberater Kirchentages.

Vor dem Schluß des Evangelischen Kirchentages in Königsberg i. Pr. sprach Professor Dr. Kahl über Kirche und Vaterland, Professor Kitzhaus über Kirche und Volkstum. Die bei diesen Vorträgen behandelten Fragen beantwortete der Kirchentag mit einer großen vaterländischen Kundgebung, in der es heißt: Von unberechenbarem Boden, von der abgekürzten Grenzmark aus, auf welcher Not und Gefahr mit besonders schwerem Druck lasten, richtet der Deutsche Evangelische Kirchentag an die evangelischen Gemeinden ein Wort über Volk und Vaterland. Es gibt eine Gemeinschaft des Glaubens und der Liebe, die über Völkergrenzen und Klassenunterschiede hinweg